

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 7

Artikel: 1985 - ein Pazifik-Jahr
Autor: Groth, Annette
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143201>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1985 – ein Pazifik-Jahr

Annette Groth versteht ihren hier abgedruckten Beitrag als Ergänzung zu Gerhard Bornés Artikel «Atomwaffenfreie Zonen – Schritte zur Abrüstung» im letzten Dezemberheft. In ihrem Begleitbrief an die Redaktion schreibt sie: «Der Artikel von Gerhard Borné über die atomwaffenfreien Zonen in Heft 12/1984 ist wirklich interessant, und ich möchte ihm für seine verdienstvolle Arbeit danken. Betrüblich ist nur, dass er die grösste atomwaffenfreie Zone der Erde gar nicht erwähnt: die atomwaffenfreie Zone im Pazifik, die immerhin 14 Staaten umfasst und durch die absehbare Auflösung des ANZUS-Pakts auch in Europa allmählich bekannt wird. Leider ist vielen europäischen Friedensfreunden die Bedeutung der Ereignisse in Australien, Neuseeland und in anderen pazifischen Staaten für Europa noch nicht bewusst; an dieser Bewusstseinsbildung sollte aber verstärkt gearbeitet werden, da wir von jenem Teil der Erde sicherlich einiges lernen können.»

Zwar hat Gerhard Borné sich in seinem hier angesprochenen Artikel bewusst auf Pläne für atomwaffenfreie Zonen in Europa beschränkt. Die Ergänzung von Annette Groth ist uns aber trotzdem wichtig und willkommen. Wir brauchen diese Ermutigung durch eine erstarkende Friedensbewegung in Neuseeland, Australien und anderen pazifischen Staaten. Umgekehrt ist diese Friedensbewegung einem so massiven Druck durch die USA ausgesetzt, dass sie auch jede Unterstützung aus Europa dankbar entgegennimmt.

Red.

1985 – 40 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, 40 Jahre nach dem Abwurf der Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki und 30 Jahre nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO – ist ein Pazifik-Jahr.

Neuseeland: Anlegeverbot für atomar bestückte Kriegsschiffe und Austritt aus dem ANZUS-Pakt

Zum ersten Mal in der Geschichte hat ein mit den USA verbündeter Staat der westlichen Supermacht die Anlegeerlaubnis für eines ihrer Schiffe verweigert. Seit der Deklaration Neuseelands zur atomwaffenfreien Zone im letzten Jahr verlangt die neuseeländische Regierung genaue Auskunft von Schiffen, ob sie Nuklearwaffen an Bord haben. Eine positive Antwort bedeutet Anlegeverbot. Die Haltung der Amerikaner gegenüber ihren Verbündeten ist bekannt: Als Supermacht, die durch ständig raffiniertere und technologisch empfindlichere Waf-

fensysteme ihre Verbündeten vor einem Atomkrieg «schützen» will, gibt sie keine Auskunft über militärische Angelegenheiten.

Konsequenz der atomwaffenfreien Politik Neuseelands ist der Austritt aus dem gemeinsamen Verteidigungspakt ANZUS mit den USA und Australien.

Australien: Wachsende Kritik an ANZUS, Regierung für generelles Verbot aller Atomwaffenversuche

Auch in Australien scheint sich die Zahl der Befürworter eines Austritts aus diesem Vertrag zu erhöhen. So erhielt die erst im Juni 1984 gegründete «Nuclear Disarmament Party» (Nukleare Abrüstungspartei) bei den letzten Wahlen im Dezember 1984 bereits 500'000 Wählerstimmen. Ziel der NDP ist ein atomwaffenfreies Australien sowie das Ende des Uranexportes und des Uranabbaus.

Im Februar war auf der ersten Seite der Zeitschrift der australischen «Natur-

wissenschaftler gegen Atomwaffen» SA-NA UPDATE zu lesen: «Warum benötigen wir ANZUS? Welche Hilfe könnten die USA uns in einem Atomkrieg anbieten? ANZUS ist ein Mühlstein um die Hälse Australiens und Neuseelands. Lasst uns der Welt ein viel stärkeres Zeichen für die Notwendigkeit der nuklearen Abrüstung geben, indem wir alle US-Basen und -Einrichtungen aus Australien verbannen. Wir können Gott danken, wenn ANZUS nicht mehr besteht.»

Auf Druck der USA hat Australien die beabsichtigte Erklärung für eine atomwaffenfreie Zone vorerst fallengelassen, doch setzt sich die australische Regierung zumindest noch für ein generelles Verbot aller Atomwaffenversuche ein, trotz harscher Kritik der USA.

Das Schreiben eines neuseeländischen Arztes an den Rundbrief Nummer 12 von «Ärzte warnen vor dem Atomkrieg» zeigt die Notwendigkeit europäischer Solidarität für die Regierungen Neuseelands und Australiens, aber auch für andere Staaten im Pazifik, die sich gegen den Willen der USA zur atomwaffenfreien Zone erklärt haben oder dies beabsichtigen. Im erwähnten Schreiben heisst es unter anderem: «Wir brauchen alle erdenkliche Unterstützung von ausserhalb, um dem Druck westlicher Regierungen, besonders der USA, widerstehen zu können. Es wäre für uns sehr hilfreich, wenn Menschen aus Europa Zeichen der Unterstützung des unabhängigen neuseeländischen Standpunktes hierher senden könnten. . . Dies wird nicht nur die Regierung beeinflussen, sondern auch diejenigen unserer Mitbürger, die glauben, wir sollten den USA, mit denen wir uns zusammen mit Australien im ANZUS-Pakt befinden, folgen.»¹

Diese Äusserungen sollten uns wieder Mut machen, den Kampf gegen die Pershings und gegen die Weltraummilitarisierung der USA aufzunehmen. Wir müssen uns verstärkt für ein Verbot aller Atomwaffenversuche einsetzen, so dass

keine Nukleartests weder unter noch über der Erde mehr stattfinden werden.

Das Ende des Treuhandmandates der USA für Mikronesien

Wir sollten uns an den Aufruf von Roman Bedor, einem Bürgerrechtler aus der Republik Palau, erinnern, der 1981 an das Ausland appellierte, dem Volk Palaus bei seiner Kampagne gegen die französischen Atomversuche auf dem Mururoa-Atoll in Polynesien und gegen die japanischen Pläne zur Versenkung atomarer Abfälle im Pazifischen Ozean zu helfen.² Damals konnte Roman Bedor zumindest einen Teilerfolg erzielen: Die Unterzeichner-Staaten der 1972 beschlossenen Konvention zur Verhinderung von Meeresverschmutzung befürworteten im Februar 1983 ein zweijähriges Moratorium für sämtliche Pläne zur Atommüllagerung auf dem Meeresboden. Das Moratorium ist im Februar 1985 noch einmal um ein halbes Jahr verlängert worden, doch ist in diesem Herbst mit der Versenkung japanischen Atommülls im Pazifik zu rechnen, was das japanische Amt für Wissenschaft und Technik kürzlich bestätigte. Schon warten 500'000 Fässer Nuklearabfall in japanischen Häfen auf ihre Beseitigung, bis zum Jahr 1990 werden es schon über 1,1 Millionen Nuklear-Container sein. «Falls eines der Fässer, die Strontium 90, Kobalt 60 sowie Cäsium 137 enthalten, undicht wird, könnte dies unter bestimmten Voraussetzungen zu 6000 Krebstoten im Jahr führen», warnt Hermann Vinke.

Neben dem Versenkungs-Moratorium läuft dieses Jahr ebenfalls das Treuhandmandat der USA für Mikronesien aus. Dieses Gebiet umfasst die Republik Palau (15'000 Einwohner) und die Republik der Marshall-Inseln (30'000 Einwohner), die Nördlichen Marianen (17'000 Einwohner, seit 1975 Commonwealth-Status) und den Bundesstaat Mikronesien (58'000 Einwohner in vier autonomen Distrikten: Kosrae, Ponape,

Touk und Yap). Die Insel Guam (110'000 Einwohner) ist bereits seit 1898 US-Territorium.

Die mit dem Treuhandmandat übernommenen Verpflichtungen haben die USA nicht erfüllt: «Auf keinem Gebiet hat Washington den Anschluss der Region an deren Vorkriegsstandard erreicht. . . Die zuständigen amerikanischen Stellen haben die gesamte Inselregion sträflich vernachlässigt. . . Priorität besass jeweils nur ein Sektor: das Militär. Den Wünschen und Zielen der Militärs wurde die Entwicklung Mikronesiens, die Zukunft der Mikronesier geopfert.»³

Wird Palau ein zweites Grenada?

Mit Ausnahme der Republik Palau sind die militärischen Interessen der USA in den Mini-Staaten vertraglich abgesichert. Zwar hat Palau 1981 ebenfalls den «Vertrag über freie Assoziierung» unterzeichnet, der den Amerikanern die Entscheidungsbefugnis über militärische Angelegenheiten garantiert; dem Inkrafttreten dieses Vertrages steht jedoch die atomwaffenfreie Verfassung Palaus entgegen, die nur mit 75 Prozent der Wählerstimmen geändert werden kann. Diese Mehrheit konnte bei insgesamt 5 Volksabstimmungen nicht erreicht werden.⁴

Als potentielle Trident-Basis ist Palau von grosser Bedeutung für die US-Globalstrategie, so dass davon ausgegangen werden muss, dass die USA alles tun werden, um diese Insel in ihren Herrschaftsbereich einzugliedern. Vinkes Kommentar dazu: «Mit ihrem Einmarsch auf die kleine Karibik-Insel Grenada haben die Vereinigten Staaten demonstriert, wie sie mit einem Mini-Staat umspringen, wenn dieser eigene Wege geht. Die Besetzung Grenadas ist in Mikronesien als deutliche Warnung der westlichen Führungsmacht begriffen worden.»⁵

Ein zweites Grenada im Pazifik und eine Wiederholung des 1975 von der CIA herbeigeführten Regierungswechsels in

Australien, als die USA an der Loyalität der damaligen Regierung berechnete Zweifel hatten⁶, lässt sich vielleicht nur durch internationale Publizität und Solidarität verhindern sowie durch energisches Eintreten aller mit den USA verbündeten Staaten für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, das in der UNO-Charta garantiert ist.

Der Austritt eines Landes aus Sicherheitsbündnissen mit den USA gehört zu seinen Souveränitätsrechten, die nicht angetastet werden dürfen.

1 Dr. L. B. Quennell, IT Kawice Rd., Levin, New Zealand. Er nennt folgende Zeitungen, an die Briefe geschickt werden sollten: «The Dominion» news paper, Press House, Willis Street, Wellington, NZ; «The Listener» P.O. Box 3/40, Wellington, NZ; «The Evening Post» Press House, Wellington, NZ; «The Newzealand Times», 82-88 Willis Street, Wellington, NZ.

2 Der Aufruf ist in Hermann Vinkes Buch «Wir sind wie die Fische im Meer, Mikronesien verseucht, verplant, verdorben», Arche-Verlag, Zürich 1984, abgedruckt sowie in Ulrich Delius' Buch «Tahiti – Französisch-Polynesien. Südseeparadies unter dem Atompilz», Reihe program, 1982.

3 Vinke, S. 167.

4 Dazu Roman Bedor in einem Interview mit Vinke: . . . «Jedesmal wird das, was wir als unseren Willen zum Ausdruck bringen, abgelehnt. Finden Sie den Vorgang nicht merkwürdig? Es waren schliesslich die Amerikaner, die uns Demokratie gelehrt haben, nicht die Japaner, die uns eine Diktatur bescherten, und das Ergebnis dieser demokratischen Lektion wollen sie nicht anerkennen. Das ist so, als brächte man einem Schüler das Zählen bei, aber erlaubt ihm das Addieren nicht» (a.a.O., S. 63).

5 Ebenda, S. 167.

6 Am 11.11.1975 entliess der Generalgouverneur John Kerr die Labourregierung, und zwar genau an dem Tag, an dem der damalige Premierminister Whitlam androhte, die Aktivitäten der CIA in Australien aufzudecken. Darüber hinaus hätte die Regierung am 9.12.1975 den USA eine Mitteilung über die Souveränität des Gebietes von Pine Gap (bedeutender US-Stützpunkt) machen müssen, da der Vertrag, der den USA die Souveränität über Pine Gap übertrug, am 9.12.1975 verlängert werden musste. Da Unsicherheit über die Erneuerung des Vertrages durch die australische Regierung bestand, musste Whitlam abgelöst werden. Nachzulesen in: R. Dhunjibhoy/K. Hübener (Hrsg.), Unterwanderung – Die Destabilisierungspolitik der USA von Angola bis Nicaragua, Peter Hammer Verlag, 1983.